Abendausgabe

Nr. 227 ♦ 44. Jahrgang
Ausgabe B Nr. 112

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 – 297
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

# Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Sonnabend
14. Mai 1927

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 8½ bis 5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH. Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 – 297

# Die Volksernährung in Gefahr.

## Schieles Halbheiten. – Bulgarische Schreckensherrschaft vor dem Reichstag.

In der heutigen Reichstagssitzung, die bereits um 12 Uhr begann, benutzte Genosse **Rosenfeld** die Gelegenheit der Beratung des Gesetzentwurfs über den deutsch-bulgarischen Vertrag über den Rechtsverkehr, um in anschaulicher Weise seine Erlebnisse in Bulgarien zu schildern:

Die Sozialdemokratie ist immer für eine Verständigung mit anderen Völkern eingetreten und sie hat insbesondere stets solchen Verträgen zugestimmt, die die Rechtsverhältnisse zwischen den Völkern regeln sollte. Aber man muß sich doch fragen, ob Bulgarien unter seiner jetzigen Regierung mit ihren faschistischen Regierungsmethoden noch ein Rechtsstaat ist. **In Bulgarien herrschen heute Zustände, bei denen kein Mensch seines Lebens und seiner Freiheit sicher ist.** Wie die heutige bulgarische Regierung unbequeme Gegner ihrer Politik behandelt, das habe ich und mein Parteigenosse Oswald Richter aus Wien am eigenen Leibe erfahren. Genosse Rosenfeld schildert die Erlebnisse, die er und Richter in Bulgarien gehabt haben, als sie einer öffentlichen Verhandlung gegen mehrere Kommunisten beiwohnen wollten, und die vor einigen Tagen im „Vorwärts" ausführlich wiedergegeben sind. Von der deutschen Regierung muß verlangt werden, daß sie der bulgarischen Regierung klar mache, daß deutsche Staatsbürger auch in Bulgarien das Recht auf Freiheit haben. Wenn schon deutsche Staatsbürger, die sich nichts zuschulden kommen lassen, so behandelt werden, dann kann man sich vorstellen, wie es den Einheimischen geht, die der jetzigen bulgarischen Regierung in Opposition gegenüberstehen. Es gibt in Bulgarien keine Freiheit der politischen Betätigung, keine Versammlungsfreiheit, keine Freiheit der Meinungsäußerung. Menschenleben gelten nichts, wenn es sich darum handelt, Gegner der jetzigen Regierung unschädlich zu machen. **Zu vielen Tausenden sind bulgarische Arbeiter und Bauern ermordet oder in den Kerker geworfen worden.** Noch heute, zwei Jahre nach dem Bürgerkrieg, herrscht in Bulgarien der weiße Schrecken. Ein Ausnahmegesetz liefert der jetzigen Regierung die Mittel, um alle oppositionellen Elemente unschädlich zu machen. Wie schlimm die Zustände in Bulgarien jetzt sind, geht aus den Berichten zweier Mitglieder der englischen Arbeiterpartei hervor, die im März d. J. veröffentlicht worden sind. In den Gefängnissen schmachten allein 1500 Gefangene, die noch nicht einmal vor Gericht gestellt worden sind. In der Untersuchung werden die

**Aussagen durch Folterungen erpreßt.**

Wenn nur fünf Arbeiter auf der Straße sich in einer Gruppe zeigen, so müssen sie fürchten, als Demonstranten behandelt zu werden, denen Strafen von 5 bis 10 Jahren schweren Kerkers drohen. Jetzt werden die Wahlen zum Parlament unter dem schlimmsten Terror gemacht, ein Schreckensregiment ist aufgerichtet worden, damit nur die heutige Regierung ihr System aufrechterhalten könne. Diesem System entgegenzutreten, ist die Aufgabe der Sozialisten aller Länder und die sozialistische Arbeiterinternationale hat auch bereits einen Aufruf gegen die bulgarische Schreckensherrschaft erlassen. **Darum erhebt heute auch die deutsche Sozialdemokratie ihre Stimme, um gegen die Methoden der jetzigen Regierung von Bulgarien zu protestieren.** Dem bulgarischen Volke gilt unsere Sympathie, der bulgarischen Regierung unsere schärfste Verurteilung. Trotz unserer Bedenken gegen die Rechtsfähigkeit dieser Regierung stimmen wir dem Abkomenm zu, aber wir hoffen, daß in kürzester Zeit mit diesem System der Gewalt in Bulgarien aufgeräumt wird und daß das bulgarische Volk seine Freiheit wieder erlangt. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Das Abkommen wird darauf in allen drei Lesungen angenommen.

Es folgt die Beratung des Gesetzentwurfes über die

**Aufhebung der Einfuhrscheine für Getreide bis zum 31. Juli 1927.**

Reichsernährungsminister **Schiele** leitet die Beratungen mit kurzen Ausführungen ein. Er weist auf die wesentliche Steigerung der Getreidepreise in letzter Zeit hin. Den Anstoß zu dieser Preisentwicklung hätten die steigenden Forderungen der Ueberseegebiete gegeben, besonders in Argentinien und in Kanada habe sich eine Hausse für Getreide entwickelt. Auf der anderen Seite sei auch der Einfuhrbedarf in Europa gestiegen, insbesondere infolge der schlechten Ernte des vergangenen Jahres. Mengenmäßig bestehe keine Besorgnis für die Versorgung der deutschen Bevölkerung bis zum Einsetzen der neuen Ernte. Aber das starke Einfuhrbedürfnis einiger europäischer Länder lasse es zweckmäßig erscheinen, einer unter Umständen möglichen starken Ausfuhr deutschen Brotgetreides rechtzeitig entgegenzutreten, um dadurch eine überstürzte Preisentwicklung zu verhindern. Der Minister wendet sich zum Schlusse gegen die von der Sozialdemokratie geforderte vorübergehende Suspendierung der Roggenzölle, weil der damit verfolgte Zweck einer Senkung der Getreidepreise nicht erreicht werden würde.

Als Vertreter der Sozialdemokratie nimmt das Wort

### Frau Abg. Sender (Soz.):

Der Gesetzentwurf der Regierung ist ein schweres Schuldgeständnis. Die jetzt eingetretene Notlage war vorauszusehen. Die Verantwortung der Regierung und des Reichsernährungsministeriums ist um so größer, als rechtzeitig gewarnt worden ist, nicht nur vom Deutschen Landwirtschaftsrat, der auf den voraussichtlichen Fehlbedarf hingewiesen hat, sondern auch von der Sozialdemokratie, als sie ihren Antrag auf Suspendierung der Roggenzölle eingebracht hat. Es stellt sich jetzt heraus, daß die Vorräte in Roggen völlig, in Weizen fast völlig aufgebraucht worden sind. Die Preise für Getreide sind in fortwährendem Steigen begriffen. Die Behauptungen aber, daß der Antrieb dazu von Amerika ausgehen, ist falsch, denn **vom 1. März bis zum 9. Mai sind die Preise in Chikago um etwa 4 Prozent, in Berlin dagegen um 12,5 Prozent in die Höhe gegangen.** Bis Ende April entwickeln sich die amerikanischen Preise in rückläufiger Linie, während die deutschen Preise immer noch stiegen. Nach dem letzten Großhandelsindex sind die Agrarstoffe innerhalb zweier Wochen von 134,9 auf 137,8, die pflanzlichen Nahrungsmittel allein von 154,4 auf 169, also um 7 Prozent und zwar infolge der erhöhten Roggen- wie der Kartoffelpreise gestiegen. Die Regierung will nun zur Beschwichtigung der Oeffentlichkeit durch die Aufhebung der Einfuhrscheine etwas tun, doch kann mit dieser Maßnahme allein die Verknappung des Brotgetreides und seine Verteuerung nicht mehr aufgehalten werden. Die Sozialdemokratie fordert deshalb mit aller Entschiedenheit die Suspendierung der Roggenzölle neben der jetzigen Maßnahme der Regierung.

Daß etwas geschehen muß, darüber ist sich ja jetzt endlich die Regierung und das Reichsernährungsministerium klar. Ist die jetzt vorgeschlagene Maßnahme aber genügend und wird sie auch wirksam sein? Man muß doch darauf aufmerksam machen, daß Zoll und Einfuhrschein ein System bilden, es soll also jetzt nur eine halbe Maßnahme durchgeführt werden. Was der Staat durch die Einnahme an Zöllen verdient, verliert er wieder durch den Druck auf den Getreidepreis, den die Getreidehandelsgesellschaft ausüben soll. Der gerade und gesunde Weg ist aber nur die zollfreie Einfuhr des Getreides. Jede Intervention hat spekulativen und problematischen Charakter. Daß die Brotversorgung gefährdet ist, daß wir uns in einer schweren Notlage befinden, kann nicht mehr geleugnet werden. Und trotzdem will man aus Angst vor dem Großgrundbesitz nur eine halbe Maßnahme durchführen, die Millionen der konsumierenden Bevölkerung klagen den Reichsernährungsminister Schiele an, daß er diese Maßnahme zu spät treffen will, daß er

**auch jetzt noch vor Vertuschung nicht zurückschreckt,**

daß er durch künstlichen Optimismus und durch seine Passivität die ungeheure Teuerung des Brotgetreides verschuldet hat, daß er statt der Suspendierung der Roggenzölle die Erhöhung des Mehlzolles durchgesetzt und damit das Hinauftreiben des Brotpreises verursacht hat. Wie stark die Roggenpreise gestiegen sind, zeigen folgende Zahlen: 1 Tonne Roggen kostete in Berlin im Durchschnitt der Jahre 1909 bis 1913: 168 M., 1925/1926: 170 M.; dagegen am 31. Januar 1927: 245,70 M., am 30. April: 270 Mk., am 4. Mai: 276,50 M. Die Verteuerung des Roggens hat den Verbrauch allein im April mit 30 bis 40 Millionen belastet.

Man wird Herrn Schiele zugestehen müssen, daß sein

**Programm, das zur Verteuerung der Lebensmittel führen muß,**

außerordentlich reichhaltig ist. Anstatt der Senkung der Zuckersteuer ist die Erhöhung des Zuckerzolls um 50 Prozent bereits angekündigt worden. Auch der Kartoffelzoll soll erhöht werden, trotzdem die Preise für Kartoffeln ungeheuer gestiegen sind. 1913 mußte der Konsument für 1 Pfund 2½ Pfennig, heute muß er 8½ Pfennig zahlen. Weiter wird die Aufhebung der zollfreien Einfuhr von Gefrierfleisch vorbereitet, die die Erhöhung der Fleisch- und Viehzölle nach sich ziehen und besonders die ärmeren Teile der Bevölkerung schwer treffen wird. Die Suspendierung der Futtermittelzölle ist abgelehnt worden, die Zölle auf Schmalz, Speck und Schweinefleisch sollen heraufgesetzt werden. Alles verursacht nicht nur eine weitere Steigerung des Preisniveaus, sondern muß auch die Stockung aller Handelsvertragsverhandlungen und eine Steigerung der Selbstkosten der deutschen Industrie zur Folge haben. Mit vollem Recht hat der Direktor Dr. Lange auf der Tagung des Ver-

# Preußens Finanzsorgen.

## Senkung der Realsteuern. – Höpker-Aschoff über die Börsen-Katastrophe.

Auf der Tagesordnung der heutigen Landtagssitzung steht die zweite Lesung des Haushalts der allgemeinen Finanzverwaltung und ein deutschnationaler Antrag über die Senkung der Realsteuern in den Gemeinden und eine Anfrage der Demokraten über die angekündigten Reichsgesetzentwürfe über Realsteuern, Hauszinssteuer und Vereinheitlichung der Steuerverwaltung.

Nach dem Berichterstatter Dr. Wiemer (D. Vp.) erhält das Wort zur Begründung seines Etats

### Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff:

An Einkommen-, Körperschafts- und Umsatzsteuer haben die Länder im Rechnungsjahr 1926 insgesamt 2426,5 Millionen erhalten. Gegenüber ihrer Gesamtbeteiligung an diesen Steuern haben die Länder an Mehrüberweisungen nicht 200 Millionen, sondern nur rund 175 Millionen zu erwarten. Die preußische Regierung stimmt dem Grundgedanken des Uebergangsgesetzes zum Finanzausgleich zu, daß die Mehrüberweisungen zu allererst zur Senkung der Realsteuern dienen sollen. Diese Senkung der Realsteuern ist bereits dadurch angebahnt, daß die Grundbeträge für die Gewerbesteuer und die Grundvermögensteuer bereits herabgesetzt worden sind. Bei gleichen kommunalen Zuschlägen im Jahre 1926 würde das eine Entlastung der Realsteuern um 60 Millionen bei der Gewerbesteuer und 12 Millionen bei der Grundvermögensteuer, mithin zusammen 72 Millionen betragen. Auf eine Mehreinnahme von 20 Millionen für die Zwecke des allgemeinen Finanzbedarfs aus der kürzlich erfolgten Erhöhung der Hauszinssteuer hat der Staat verzichtet. Die aus dem Jahre 1924 herrührenden Ueberschüsse von 200 Millionen sind 1925 und 1926 aufgebraucht worden, so daß

**dem Staat im laufenden Rechnungsjahr kein Betriebsmittelfonds zur Verfügung steht.**

Im Haushalt selbst sind auch keine stillen Reserven mehr vorhanden. **Werden die steuerlichen Einnahmen noch vermindert, so würde ein nicht zu deckendes Defizit** entstehen. Eine weitere Senkung der Grundvermögenssteuer ist also nicht zu erwarten. Wegen der Senkung der Realsteuern der Gemeinden ist das Erforderliche veranlaßt worden.

Der Minister wiederholte sodann, was er bereits am Freitag bei der Beratung des Haushaltes des Finanzministeriums über die Vereinheitlichung des materiellen Steuerrechts und der Verwaltung durch das Reich ausgeführt hat, nämlich, daß gegen diese Bestrebungen Preußen nichts einzuwenden habe. — Die Anleiheausgaben des Staates, dem für diese Zwecke 721 Millionen zur Verfügung stehen, sollen der

**Befruchtung der Wirtschaft, insbesondere der Belebung des Baumarktes, dienen.**

Der Minister nahm am Schluß seiner Ausführungen noch zu den gestrigen Kursstürzen an der Börse Stellung und wies darauf hin, daß die Entwicklung an der Börse in den letzten Wochen gezeigt habe, daß die Devisenkurse durch starke Nachfrage stark gesteigert worden sind. In normalen Zeiten hätte die Reichsbank durch Erhöhung des Reichsbankdiskontes ausgleichend wirken können. Wenn sie das nicht getan habe, so seien dafür verschiedene Gesichtspunkte maßgebend gewesen, die er als Finanzminister billigen müsse. Eine dadurch erfolgte Hebung des allgemeinen Zinsniveaus wäre für die Wirtschaft außerordentlich gefährlich gewesen. Zum anderen würde durch Zuflüsse von ausländischen Devisen die durch den Dawes-Plan beschränkte Basis des Transfer erweitert werden. Es ist zu erwarten, daß dadurch das Geld von der Börse abgeleitet und der Industrie zugeführt wird.

Abg. Freiherr **von Mirbach** (Dnat.): Obwohl wir volles Verständnis für die sachliche Arbeit des Finanzministers haben, können wir ihm doch nicht in allem zustimmen. Die Steigerung der Anleiheausgaben würde eine zu große Belastung des Etats bedeuten. **Wir erkennen die Dawes-Last an** (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten), aber der Dawes-Plan darf kein Noli me tangere sein. Wenn einmal der Tag kommt, an dem wir auch in Preußen in die Regierung kommen, werden wir beweisen, daß doch sparsamer zu wirtschaften ist.

Mit weiteren Ausführungen der Abgg. **Leidig** (D. Vp.), **Bremer** (völk.), **Müller-Hessen** (Komm.) und **von Winterfeldt** (Dnat.) schließt die Debatte. Der Etat der allgemeinen Finanzverwaltung wird durchweg nach den Beschlüssen des Hauptausschusses angenommen, ebenso das Etatgesetz. Damit ist die zweite Lesung des Etats beendet. Nächste Sitzung Montag mittag 12 Uhr: Kleinere Vorlagen, Staatskredite für die oberschlesische Eisenindustrie; **Bericht** des Untersuchungsausschusses über **Verletzung der Sicherheitsvorschriften im Bergbau.**

## Beruhigung an der Börse.

### Spezialpapiere gesucht — aber noch immer anhaltende Nervosität.

**Die bekannte Erklärung der Berliner Privatbanken hat eine allgemeine Beruhigung verursacht, wenngleich eine gewisse Nervosität noch anhält, und man vor allen Dingen abwarten will, in welchem Umfang in den nächsten Tagen Zwangsverkäufe vorgenommen werden. Trotzdem macht sich eine ausgesprochene Beruhigung auch in der Kursstimmung bemerkbar; man hat sichtliches Interesse für gute Spezialitäten, unter anderem auch für die alten Favoriten Dessauer Gas, Mansfeld, Harpener, Bergmann, Velten u. Guilleaume. Gegenüber den gestrigen Kursen setzten auch fester ein: Gelsenkirchen, Ilse, Mannesmann, Oberbedarf, ferner Kaliaktien, Daimler und chemische Werte. Vom Ausland scheinen auch gewisse Deckungsnotwendigkeiten zu bestehen, worauf einige Käufe zurückzuführen sind.**

*

Wie wir erfahren, ist der preußische Handelsminister davon unterrichtet gewesen, daß der Reichsbankpräsident die Spekulationsgelder einzuschränken wünschte. Der preußische Handelsminister hat diesen Wunsch auch für berechtigt gehalten. Von der Beschlußfassung der Stempelvereinigung und der Durchführung dieser Beschlüsse jedoch hat weder der preußische Handelsminister, noch der Börsenkommissar Kenntnis gehabt.

eins deutscher Maschinenbauanstalten Herrn Schiele einen

**Minister für Ernährung der Landwirtschaft**

genannt. Die Politik des Herrn Schiele dient aber nicht der gesamten Landwirtschaft, sondern sie kommt in der Hauptsache dem Großgrundbesitz zugute. Bei der Beratung des Zolltarifs im Sommer 1925 wurde von den Verteidigern der Zollerhöhungen behauptet, sie würden eine Stabilisierung der Preise zur Folge haben und dazu führen, daß der ganze Bedarf an Lebensmitteln der deutschen Bevölkerung auf eigenem Boden gedeckt werden könne. Die bisherige Entwicklung beweist aber, daß beides durch diese Zollpolitik unerreichbar ist.

Der Besitzbürgerblock treibt eine rücksichtslose Politik gegen die Verbraucher und vor allem gegen die Arbeiter. Die geringen Lohnsteigerungen der jüngsten Zeit fließen restlos in die Taschen der Großagrarier, jeder Aufstieg der Lebenshaltung der breiten Volksmassen wird niedergehalten. Es werden immer neue Mittel ersonnen, mit denen man der agrarischen Minderheit dienen will, die Kleinbauern, der Mittelstand, die Arbeiter, Angestellten und Beamten sollen die Zeche bezahlen. 1925 hat das Zentrum noch erklärt, daß keine Steigerung der Lebensmittelzölle erfolgen soll. Heute aber werden die Zölle weiter erhöht, alle Wünsche des Herrn Schiele werden vom Zentrum befriedigt. Diese Politik des Bürgerblocks zeigt, mit welchem krassen Egoismus die herrschenden Klassen ihre Interessen vertreten. Nur die Sozialdemokratie vertritt das Interesse der gesamten Volkswirtschaft und damit das Interesse der arbeitenden Klasse. Fahren Sie so fort, die Wucherpolitik, die Sie treiben, ist die beste Propaganda gegen die von Ihnen verteidigte Gesellschaftsordnung! (Beifall b. d. Sozialdemokraten.)

## Das Zündholz-Sperrgesetz.

### Neue Beratung im volkswirtschaftlichen Ausschuß. Behrens ist nicht da.

Die Regierungsparteien wollen es jetzt mit der Durchsetzung ihres vom Plenum an den Ausschuß zurückverwiesenen Zündholzsperrgesetzes noch einmal versuchen, anscheinend sind die großen Interessenten zu lebendig, als daß die ihnen nahestehenden Parteien den Entwurf in der Versenkung verschwinden lassen könnten. Der Volkswirtschaftliche Ausschuß des Reichstags ist zur Neubearbeitung des Entwurfes für heute, Sonnabend, den 14. Mai, vormittags 9½ Uhr, einberufen.

Fest steht, daß der deutschnationale Abgeordnete Behrens nicht wieder für den Gesetzentwurf der Berichterstatter der Kommission werden wird. Ursprünglich war die Sitzung des Volkswirtschaftlichen Ausschuß für den Dienstag nächster Woche einberufen. Dann wäre es aber für die Regierungsparteien schwierig gewesen, Behrens geräuschlos auszuschalten. Aber heute am Sonnabend ist er noch als sogenannter Sachverständiger in Genf, damit ergab sich für die Regierungsparteien die Möglichkeit, ohne allzu sehr aufzufallen einen anderen Berichterstatter zu ernennen.

Die heutige Sitzung wurde durch den Genossen Simon-Franken mit der Verlesung eines umfangreichen Briefes eröffnet, den der deutsche Führer des schwedisch-amerikanischen Zündholztrustes, Herr Regendanz von der Preußischen Hypotheken-Aktienbank und der Deutschen Unionbank, an den deutschnationalen Abg. Behrens, seinem Freund und Aufsichtsratskollegen, geschrieben hat. Herr Regendanz „bestätigt" in diesem Briefe, daß weder er noch Behrens eine Ahnung davon hätten, daß die Preußische Hypotheken-Aktienbank — zum Schwedentrust gehöre.

Unser Redner, der Genosse Heinig, gab auf diesen ihn beleidigenden Brief eine gründliche Gegenerklärung an der Hand umfangreichen Materials. Er wies nach, daß Regendanz, der erst in der Oesterreichischen Kreditanstalt, dann in der Amstelbank, Amsterdam, jetzt in der Deutschen Unionbank und der Preußischen Hypotheken-Aktienbank herrscht, der eigentliche

**Einpeitscher des schwedischen Zündholztrusts**

in Deutschland gewesen sei. Regendanz sei es gewesen, der im besonderen die größte deutsche unabhängige Zündholzfabrik, die Union-Augsburg, dahin getrieben habe, daß sie gerade jetzt ihre gesamten Fabriken an den Schwedentrust verkaufen müsse und als kümmerliche Stiefelwichsefabrik weiter ihr Leben friste. Dieser Regendanz hat es gewagt, dem Reichstag zu schreiben, daß er mit dem schwedisch-amerikanischen Trust nichts zu tun hat. Genosse Heinig wies die positive Unwahrheit des Briefes eindeutig nach. Diese Dinge werden aller Voraussicht nach in der Oeffentlichkeit zu weiteren Erörterungen führen.

Schwierigkeiten ergaben sich bei der Wahl der Berichterstatter. Nach vielem Hin- und Hergerede, nachdem verschiedene vorgeschlagene Abgeordnete, darunter auch Genosse Heinig, die Berichterstattung abgelehnt hatten, wurde der Zentrumsabgeordnete Schlack mit dem mündlichen Bericht über die Ausschußberatung beauftragt.

Nach kurzen Bemerkungen des Wirtschaftsministers und Debatten zur Geschäftsordnung **erzwangen die Regierungsparteien die unveränderte Zurückgabe des Gesetzentwurfs an das Plenum,** das voraussichtlich am Dienstag nächster Woche über das Sperrgesetz sein endgültiges Urteil fällen wird. Den sozialdemokratischen detaillierten Vorschlag auf Schaffung eines Handelsmonopols lehnten die Regierungsparteien im Ausschuß kurzerhand ab.

## Bacmeister und Knoll.

### Wer von beiden sagt die Unwahrheit?

Wie der „Vorwärts" bereits meldete, schweben zurzeit Ermittlungen gegen Herrn Bacmeister wegen seiner eidlichen Aussagen im Kußmann-Knoll-Prozeß. Bekannt ist, daß auch Ermittlungen gegen Knoll schweben, der im Plauener Stresemann-Prozeß unter Eid ausgesagt hat, daß Kußmann ihm Akten im Auftrage des Oberstaatsanwalts Linde und des Generalstaatsanwalts Lindow übergeben hätte, was von Linde wie Lindow als absolut unwahr bezeichnet wird. Die Aussage Knolls muß jedoch auch nach einem weiteren Gesichtspunkt nachgeprüft werden. Laut amtlicher protokollarischer Niederschrift hat Knoll am 12. Januar 1927 unter Eid folgendes gesagt:

> Ich kenne Bang und Bacmeister zwar persönlich, habe aber von beiden Herren keinen Auftrag bekommen, etwa gegen die Evaporator vorzugehen oder ein politisches Bureau einzurichten.

Nun aber hat Bacmeister vor Jahr und Tag eine öffentliche Erklärung über seine Beziehungen zu Knoll abgegeben, die z. B. abgedruckt ist in der „Deutschen Zeitung" vom 30. Juli 1925 (Nr. 351 Morgenausgabe). In dieser Erklärung sagt Bacmeister:

> Der „Vorwärts" irrt sich sehr, wenn er glaubt, daß er mit seinen Veröffentlichungen den Aufklärungsfeldzug in Sachen der großen deutschen Korruptionsskandale zugunsten der von ihm protegierten kleinen und großen Schieber beeinflussen könne. Daß ich mich persönlich sehr rege an den Aufklärungsarbeiten beteiligt habe, ist durchaus richtig. Richtig ist auch, daß ich mir Mittel beschafft habe, um Persönlichkeiten, die von ihrer Arbeit leben müssen, in den sehr schwierigen Dienst der Aufklärung stellen zu können. Zu diesen Persönlichkeiten gehört auch jener Herr Knoll, der mir als ein befähigter kaufmännischer Revisor empfohlen wurde . . .
>
> Der Versuch des „Vorwärts", die Staatsanwälte in irgendeine Verbindung zu den Geldgebern Leopold und Bacmeister zu bringen, wird scheitern. Soweit Knoll Geld von uns beiden erhalten hat, geschah das lediglich, um von uns selbst festgesetzte Besoldungssätze an einige von ihm angestellte Hilfskräfte und eine sehr mäßige Vergütung für seine eigene Arbeit auszahlen zu können . . .
>
> Wenn Knoll zur Auswertung der geleisteten Aufklärungsarbeiten zuweilen mit der Tagespresse in Verbindung trat, so geschah das mit unserm Einverständnis.

Die Bacmeistersche Erklärung vom 30. Juli 1925 führt demnach in detailliertester Form das als Tatsache an, was der Zeuge Knoll am 12. Januar 1927 unter seinem Eid bestreitet. Es ist klar, daß höchstens einer von beiden die Wahrheit sagen kann. Da Knoll seine Aussage unter Eid gemacht hat, müßte sich wohl die Staatsanwaltschaft für die Frage interessieren, wer die Wahrheit sagt.

**Das polnische Kommunistenverbot.** Die kommunistische Wahlliste für die am 22. Mai stattfindenen Kommunalwahlen in Warschau ist mit der Begründung, daß sie staatsfeindlich sei, für ungültig erklärt worden. Mehrere Kandidaten dieser Liste wurden verhaftet.

## Die Republikanisierung der Verwaltung.

### Eine Abordnung des Reichsbanners beim preußischen Ministerpräsidenten.

Sonnabend empfing der preußische Ministerpräsident Braun eine Vertretung des Bundesvorstandes des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, bestehend aus den drei republikanischen Parteien. Die Delegation trug dem Ministerpräsidenten Wünsche und Beschwerden hinsichtlich der Republikanisierung der Verwaltung vor. Der Ministerpräsident wies in seiner Erwiderung auf die bestehenden Schwierigkeiten hin und versicherte, daß die preußische Regierung gleichfalls in der Demokratisierung der Verwaltung eine der wichtigsten von ihr zu lösenden Aufgaben erblicke.

## Internationale Wirtschaftsentschließungen.

### Die Kommissionsberatungen zu Ende. — Gegen den Protektionismus Frankreichs.

**Genf,** 13. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Am Freitag mittag hat auch die Industriekommission der Weltwirtschaftskonferenz ihre allgemeinen Beratungen abgeschlossen und drei Redaktionskomitees mit der Ausarbeitung der Resolutionen beauftragt. Damit ist der Hauptteil der Kommissionsberatungen beendet.

Ueberblickt man die Beratungen der drei Kommissionen, so ist festzustellen, daß es in der Industrie- und in der Handelskommission zu interessanten Auseinandersetzungen kam, während es in der landwirtschaftlichen Kommission geringere Meinungsverschiedenheiten gab. Vorläufig hat diese Kommission zwei Resolutionsentwürfe angenommen. Einen für die Förderung der landwirtschaftlichen und Konsumenten-Genossenschaften durch Einsetzung eines entsprechenden ständigen Ausschusses im Rahmen des Völkerbundes und einen zweiten für die weitere Prüfung der Frage, wie eine internationale Kreditorganisation für die Landwirtschaft geschaffen werden kann. Die Interessen der Landarbeiter sollen im Rahmen einer noch in Vorbereitung stehenden allgemeinen Resolution berücksichtigt werden, sofern die Anträge des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Georg Schmidt wenigstens teilweise angenommen werden.

In der Handelskommission stand im Hintergrunde aller Debatten die Bekämpfung des

**französischen Protektionismus**

mit seinem geradezu abschreckend reaktionären Zolltarifentwurf. Man kann sagen, daß die Vertreter aller Länder und Wirtschaftsgruppen darin einig waren. Die beiden bisher bekanntgegebenen Entschließungsentwürfe über die darin enthaltenen staatlichen Subventionen und das Dumping, über die Beseitigung der Einfuhr- und Ausfuhrbeschränkungen und Verbote und über die Erleichterungen des Verkehrs bzw. des Warentransportes enthalten nichts wesentlich Neues, das nicht schon oft besprochen und in zahlreichen Ländern außerdem bereits verwirklicht wäre.

Am unklarsten blieb die Diskussion während mehrerer Tage in der Industriekommission, wo die Arbeitgebervertreter sich zunächst scharf dagegen sträubten, die Frage der Nationalisierung und der internationalen Kartellabkommen eingehend zu behandeln und dazu Entschließungen zu fassen. Erst nachdem die sozialistischen Arbeitervertreter durch die Stimmen von Jouhaux, Merten, Pugh, Frau Freundlich, Dr. Weber und Veterle eindringlichst davor warnten, die Konferenz über die brennendsten Industriefragen mit einigen

**nichtssagenden allgemeinen Phrasen**

zu Ende gehen zu lassen, bequemte man sich in den letzten drei Tagen dazu, ernste Arbeit zu leisten. Die Sowjetdelegierten versuchten dabei, ebenso sehr die sozialistischen Anträge wie die bürgerlichen lächerlich zu machen. Aber sowohl bei der Beratung der Arbeitszeit-, der Arbeitslosen- und Kartellfrage wurde ihnen dabei von den sozialistischen Rednern so treffend heimgeleuchtet, daß sie einige Zeit daran denken werden.

## Die Magdeburger Theaterausstellung.

Von Hermann Hieber.

Die Theaterausstellung in Magdeburg wurde heute Mittag feierlich eröffnet. Ansprachen hielten u. a. der preuß. Kultusminister Becker, der Vorsitzende der Bühnengenossenschaft Rickelt und für den Verband der deutschen Volksbühnenvereine Curt Boake. Hierauf erklärte Oberbürgermeister Reimes die Ausstellung für eröffnet.

Die Stadt Magdeburg besitzt ein sehr schönes Ausstellungsgelände. Das liegt gleich am Eingang zu einem großen Park, der in seiner Ausdehnung dem Berliner Tiergarten kaum etwas nachgibt. Die neue Brücke über die Elbe, die „Friedrich-Ebert-Brücke" heißt, bildet eine stattliche Zufahrt. Der Adolf-Mittag-See, aus einem Altwasser der Elbe abgeleitet, begrenzt die Ausstellung an der Rückseite. Hier, in zwei großen Hallenkomplexen, haben schon mehrere erfolgreiche Ausstellungen stattgefunden. Die „Miama" und, weit besser als sie, die Zuckerausstellung. Dieses Ausstellungsgelände mit seinen Hallen ist ein Kapital, das sich nach Möglichkeit verzinsen soll. Und da man nicht immer wieder das darin zeigen kann, was unmittelbar um die Stadt wächst und verarbeitet wird: Zuckerrüben und Sauerkohl, so haben die Magdeburger beschlossen, einmal etwas weiter auszugreifen und eine Theaterausstellung zu veranstalten.

Eigentlich hätte sie ja schon vor einem Jahre fertig sein sollen, allein, die Magdeburger als bedächtige und gründliche Leute haben noch ein Jährchen zugegeben. Und selbst jetzt sind sie noch nicht ganz damit zu Rande gekommen. Dafür hat aber ihr Architekt, Professor Albinmüller, eine ausgezeichnete Lösung für seine Aufgabe gefunden. Er hat die beiden niedrigen, breitgestreckten Hallen durch eine Pfeilerhalle verbunden — Viereckpfeiler, nicht die abgestandenen Säulen — und die Mitte durch einen hohen Bau, die Versuchsbühne, überhöht. Den Hof davor, der mit Klinkern gepflastert ist, und eine Jünglingsfigur aus Bronze zwischen zwei nachts farbig beleuchtbaren Säulen enthält, schließt der Versuchsbühne gegenüber ein hoher und wirkungsvoll horizontal gegliederter, dunkelvioletter Ziegelbau ab, die Stadthalle, die den Magistratsbaurat Göderitz zum Erbauer hat und im Juni fertig werden soll. Ein monumentales Portal, das von sechs Pferden über Viereckpfeilern gekrönt ist, leitet nach dem Vergnügungspark weiter. Ein schlanker, ganz glatter, viereckiger Aussichts- und Leuchtturm harrt noch seines Glasaufsatzes. Er soll darin ein Restaurant aufnehmen, etwa 60 Meter über dem Boden.

Das ist das äußere Bild der Ausstellung. Ein entschieden gewinnendes und imposantes Bild. Vom Innern läßt sich vor der Hand noch nicht allzuviel sagen. Das linke Hallenpaar, der modernen Technik und Industrie gewidmet, soweit sie auf das Bühnenwesen Bezug hat, ist noch so gut wie leer. Das rechte dagegen zerstreut schon heute die Befürchtung, es könne an Material fehlen. Wer durch die zahllosen zweck- und stilvoll gestalteten Kojen wandelt und sich belehren will über die Entwicklung des Bühnenwesens, von der Hallenschen Zeit an über die Mysterienbühne des Mittelalters, das Fastnachtsspiel, die Volksposse, die Stegreifkomödie, über Renaissance- und Barocktheater bis zum bürgerlichen National- und Stadttheater, und über die Bayreuther Theaterreform bis zur modernen Stilbühne in allen seinen Spielarten: der wird tagelang Beschäftigung finden. Wanderbühne, Naturtheater, Marionettentheater sind gleichfalls berücksichtigt, auch die Tanzschulen von Laban und Palucca. Tairoffs Moskauer Modelle zeigen den ungeheuren Abstand der mehr oder minder mißverstandenen deutschen Nachahmungen, die man selbst in Freiburg und Oldenburg und Regensburg antrifft, von dem unerreichten und wohl auch unerreichbaren Vorbild. Die Bühnengenossenschaft endlich und die volkstümlichen Theaterorganisationen vervollständigen das Bild des modernen Zustandes nach der organisatorischen Seite hin. Dabei hat sich freilich der Bühnenvolksbund in wenig kameradschaftlicher Weise abgesondert und seinen eigenen Laden aufgemacht. In einer anderen Ecke ist eine Porträtgalerie berühmter Mimen der Vergangenheit.

Eine etwas systematischere Anordnung hätte nichts geschadet. Gleichwohl wird man auf dieser Ausstellung viel Anregung und Belehrung empfangen. Vorausgesetzt, daß energisch an ihrer Vollendung gearbeitet wird.

## Seume und das Weekend.

Johann Gottfried Seume, der deutsche Dichter und zeit seines Lebens ein aufrechter, freiheitlich gesinnter Mann, der für die Fürsten wenig übrig hatte, nachdem er als Kanonenfutter gepreßt und mit einem ganzen Regiment solcher Unglücklicher an England für den nordamerikanischen Unabhängigkeitskrieg verkauft worden war, führte als Student in Leipzig ein wahres Hungerleben und war dabei abhängig von einem Grafen und seinem heimatlichen Pfarrer Schmidt. Jede Ausgabe über den Brot- und Büchereinkauf hinaus wurde ihm kleinlich vorgehalten, und die „väterlichen" Mahnbriefe gerade der geistlichen Gönner rissen nicht ab. Aber ein Charakter wie der Seumes ließ sich nicht in das Korsett der vorgeschriebenen orthodoxen Erziehung einzwängen, und so las er bald die aufklärenden, freigeistigen Schriften der beiden Engländer Shaftesbury und Bolingbroke, die das Band, das ihn an die Kirche knüpften, empfindlich lockerten, die skeptischen Werke des Franzosen Pierre Bayle und schließlich auch die damals (1777) gerade erschienenen „Wolfenbüttler Fragmente" Lessings, die vollends über den Haufen warfen, was von religiösen Grund- und Glaubenssätzen seiner reaktionären Erziehung nach in ihm war. Diese innere Wandlung Seumes, die auch von einer freieren und unbekümmerteren Gestaltung seiner äußeren Lebensführung begleitet war, blieb dem intoleranten und überorthodoxen Pfarrer Schmidt nicht verborgen, denn auch damals blühte schon das feige Gewerbe kleinlicher Angeber. Schmidt schleuderte gegen den jungen Studenten einen zornerfüllten Brief voll der bittersten Vorwürfe, und zählte darin seine Beschwerdepunkte einzeln auf: er wäre nicht ordentlich in die Kirche gegangen und meistens nur zu Zollikofer, dem Prediger an der reformierten Gemeinde in Leipzig, der als Theologe der sogenannten Aufklärung huldigte; dann hätte er über einige Dogmen frei und profan gesprochen, und hätte sich — wehe, wehe! — an den Wochenenden öfter gebadet!! Gerade deshalb sah ihn der Pfarrer Schmidt schon leibhaftig in der Hölle braten — — —

Dies zur Geschichte des christlichen Weekends. Es ist ein Trost, daß die evangelische Kirche doch auch Fortschritte zu verzeichnen hat, denn die amtlichen Nachfahren des Pfarrers Schmidt halten heute in Berlin schon ausgesprochene Weekend-Gottesdienste ab.

Z.

## Die große Berliner Kunstausstellung.

Heute mittag ist die Ausstellung sämtlicher Berliner Künstlerorganisationen einschließlich der Jurynfreien eröffnet worden. Sie füllt den ganzen Glaspalast in Alt-Moabit, an 65 Säle mit 2400 Kunstwerken und mehr, denn eine ganze Anzahl Nummern decken Kollektivsammlungen. Ein hübsches Stück Arbeit, sich durch dieses Labyrinth hindurchzuarbeiten, sonderlich in der eindringlichen Maienkälte dieses mißlungenen Frühjahrs.

Das Positive liegt in der Tatsache, daß es endlich gelungen ist, die Künstler Berlins unter einen Hut zu bringen. Die Sezession, Verein Berliner Künstler, Architekten-Vereinigung „Ring", Allgemeine Deutsche Kunstgenossenschaft, Novembergruppe, Verein Berliner Künstlerinnen, „Die Abstrakten", Graphiker, Bildhauer und Frauen-Kunstverband haben sich zusammengeschlossen zum „Kartell der vereinigten Verbände bildender Künstler Berlins". So langatmig wie der Titel wird hoffentlich Leben und Sinn der Organisation sein, die nicht nur für gemeinsame Ausstellungen, sondern überhaupt für künstlerische und kunstpolitische Vertretung aller Verbände gegenüber der Außenwelt sorgen will.

Dieses Kartell mit seinen auswärtigen Gästen nimmt aber etwa nur ein Drittel des Glaspalastes ein. Den Rest hat diesmal die Jurynfreie Ausstellung bekommen, die sich ihren Platz an der Sommersonne und neben und beinahe über der Großen Berliner endlich erobert hat, kraft ihrer geschlossenen Organisation und Tüchtigkeit der Ideen. Ihre eigentliche Sammelschau nimmt kaum mehr Platz ein als jene; zwischen beide aber hat sie eine große Ausstellung religiöser Kunst hineingezaubert, den Clou dieses Ausstellungssommers.

Wir kommen auf beide Ausstellungen in ausführlicherer Berichterstattung zurück.

Dr. Paul F. Schmidt.

**Erstaufführungen der Woche. Dienst** Komödie: „Der Snob". **Mittw.** Renaissance-Theater: „Das Mandat". **Donn.** Neues Th. am Zoo: „Das unsichtbare Mädchen". **Freitag.** Th. des Westens: „Heinrich Heines erste Liebe". — Th. i. d. Kommandantenstr.: „Die Perle von Savoyen".

**Urania-Veranstaltungen. Sonntag (5):** Moana (7 und 9) Bali. **Ab Montag** täglich: „O, du mein Heimatland". **Montag, Mittwoch, Sonnabend:** „Im subtropischem Urwald". — Im Hörsaal außer Montag und Mittwoch täglich: „Aus dem Reiche des Königs der Könige".

**Resi Langer** veranstaltet auf Einladung der Volksbühne **am Mittwoch,** den 18. Mai, abends 8 Uhr, im Bürgersaal des Rathauses, Eingang Königstraße, einen „Heiteren Abend". Karten zu 0,70 Mk. in den Verkaufsstellen für Sonderveranstaltungen.

## Moskau bricht die Beziehungen nicht ab!

**Es ist nicht einmal entrüstet, sondern bewahrt Ruhe!**

Moskau, 14. Mai. (WTB.) In einer eingehenden Betrachtung über die Haussuchung der englischen Polizei in den Räumen der „Arcos" schreibt „Iswestija", der durch das Pekinger Beispiel angeregte Londoner Ueberfall sei der Beginn einer Verwirklichung der in der Chamberlain-Note enthaltenen Androhungen eines Abbruchs der Beziehungen. Die Polizeimaßnahme verfolge den Zweck, die englisch-sowjetrussischen Beziehungen im Lebensnerv zu treffen. Außerdem habe sie innerpolitische Bedeutung insofern, als sie die Aufmerksamkeit des breiten Publikums ablenken solle, damit die Regierung die Gewerkschaftsvorlage schmerzlos durchbringen könne. Wieder werde das Sowjet-Schreckgespenst ins Feld geführt, das den Konservativen schon einmal Dienste geleistet habe.

**Die Sowjetunion hat nämlich soeben einen 200-Millionenkredit erhalten.**

London, 14. Mai. (WTB.) „Daily Expreß" erklärt, offiziell informiert worden zu sein, daß ein Kreditabkommen von 10 Millionen Pfund Sterling zwischen der Midland-Bank und der Sowjet-Handelsdelegation am vorigen Mittwoch unterzeichnet wurde. Durch den Kredit sollen russische Bestellungen bei britischen Fabrikanten erleichtert werden. Sir Allan Smith, der die Verhandlungen zwischen der Midland-Bank und der Handelsdelegation herbeigeführt hatte, erklärte in einem Interview, der Plan sei von größtem Wert für den britischen Handel. Es sei ganz besonders bedauerlich, daß durch den Schritt im gegenwärtigen Augenblick Schwierigkeiten entstanden seien, denn der 10-Millionen-Pfund-Sterling-Kredit trete sofort in Kraft und ohne die Razzia auf die „Arcos" würden die ersten Schritte zur Plazierung einer Anzahl wichtiger Bestellungen bereits erfolgt sein.

## „Guillotine" gegen die Gewerkschaftsdebatte

**Die Debatte wird gewaltsam verkürzt.**

London, 14. Mai. (WTB.) Der parlamentarische Korrespondent des „Daily Telegraph" meldet: Die Regierung hat gestern beschlossen, daß der Beratung der Gewerkschaftsvorlage im Unterhaus noch weitere 16 Tage gewidmet werden sollen, und zwar 12 Tage zur Fortsetzung und Beendigung der Kommissionsberatung, drei Tage für die Berichterstattung und ein Tag für die dritte Lesung.

Am Montag wird eine „Guillotine-Entschließung" von der Regierung eingebracht werden, die die Abkürzung der Debatte ermöglicht. Der Entschluß zu dieser in den letzten Jahren nur selten ergriffenen Maßnahme ist darauf zurückzuführen, daß bisher in 18stündiger Kommissionsberatung von der Vorlage, die im ganzen voraussichtlich ungefähr 2000 Worte haben wird, nur sieben Worte erledigt sind, nämlich „Es wird hiermit erklärt, daß jeder Streik . . ."

## Frankreich will „annehmbare Vorschläge".

**Erst Kontrolle der Ostzerstörungen, dann Truppenverminderung.**

Paris, 14. Mai. (Eigener Drahtbericht.) In der Abwesenheit von Briand hatte der Generalsekretär des Auswärtigen Amts, Berthelot, am Donnerstag den deutschen Geschäftsträger Dr. Rieth empfangen, um von ihm die letzten Instruktionen der deutschen Regierung hinsichtlich der Kontrolle der zu zerstörenden Ostfestungen zu erfahren. Dem „Matin" zufolge hat der deutsche Geschäftsträger keine annehmbaren Vorschläge vorgelegt. Der Quai d'Orsay würde sich deshalb auch weiterhin abwartend verhalten. Man erwarte in Paris, daß Deutschland bis zum Ablauf der ihm zur Zerstörung der Festungen gestellten Frist am 15. Juni neue und annehmbare Vorschläge machen wird.

In ähnlichem Sinne wie der „Matin" führen auch andere Blätter die bisherige Ergebnislosigkeit der Verhandlungen über die Kontrolle auf einen Gegensatz zwischen Stresemann und General Heye zurück. Der Chef der Reichswehr weigere sich hartnäckig, alliierte Militärsachverständige eine Kontrolle der Zerstörung der Ostfestungen vornehmen zu lassen. Der „Populaire" schreibt: „Weil wir wissen, daß eine Herabsetzung der Truppenbestände im Rheinland unbedingt notwendig ist und sie sowohl im Interesse Frankreichs wie Deutschlands liegt, beklagen wir, daß Stresemann bisher den Widerstand des Generals Heye noch nicht hat brechen können. Im Laufe der zahlreichen Besprechungen, die Briand mit dem deutschen Geschäftsträger hatte, hat er ihm nicht verheimlicht, daß er einer Herabsetzung der Truppenzahl in keiner Weise ablehnend gegenübersteht. Im Interesse der beiden Länder aber wäre es zu wünschen, daß die Haltung der militärischen Führer in Berlin wie in Paris die Bemühungen der verantwortlichen Minister nicht durchkreuzen."

## Masaryk und die Arbeiter.

**Die deutschen Sozialdemokraten für seine Wiederwahl.**

Prag, 14. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Der Klub der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten und Senatoren und der Parteivorstand haben sich mit der Präsidentenwahl befaßt, die am 27. Mai stattfindet. Einstimmig wurde ein Beschluß gefaßt, der zunächst auf die Erklärung des Klubs anläßlich der vorigen Präsidentenwahl im Mai 1920 verweist. Darin war festgestellt worden, daß der damalige Klubbeschluß, bei der Wahl leere Stimmzettel abzugeben, sich nicht gegen die Person Masaryks richtete, der wegen seiner ganzen Stellung zur Arbeiterschaft ihre große Wertschätzung genieße, sondern nur gegen das Koalitionsregime, das den Minderheiten die nationale und kulturelle Freiheit verweigere. Der heute gefaßte Beschluß stellt nun fest, daß kein Anlaß vorhanden wäre, diesen Beschluß zu revidieren, wenn nicht die Wirksamkeit Masaryks während seiner Amtsperiode und seine Stellung zur Arbeiterbewegung zu einer Hetze faschistischer, klerikaler und sonstiger reaktionärer Elemente gegen seine neuerliche Kandidatur geführt und sogar die Aufstellung eines reaktionären Gegenkandidaten in den Bereich der Möglichkeit gestellt hätte. Zwischen diesen reaktionären Elementen und der deutschen Sozialdemokratie einen Trennungsstrich zu ziehen, sei politisch notwendig. Daraus ergebe sich die Notwendigkeit einer Nachprüfung der seinerzeitigen Stellung zur Präsidentenwahl und naturgemäß die Bereitschaft zu einem positiven Votum für Masaryk. Zu einer endgültigen Stellungnahme wird der Klub jedoch erst am Tage vor der Präsidentenwahl gelangen.

**Zum Verfahren gegen Dr. Dietz.** In dem Verfahren gegen den Studienrat Dr. Goldmann und den Studienassessor Dr. Dietz sind gegen den Untersuchungsrichter in Elberfeld erneut Angriffe erhoben worden. Wie der Amtliche Preußische Pressedienst erfährt, sind die Ermittlungen darüber, ob die Vorwürfe begründet sind, bereits im Gange. Der Preußische Justizminister hat eine erschöpfende Aufklärung angeordnet.

# Das Recht der Blinden.

## Gefordert wird Einführung einer Rente unter Verdienstanrechnung.

Das Ziel der Blindenfürsorge hat seit 100 Jahren darin bestanden, womöglich alle Blinden durch Schulunterricht und gewerblicher Ausbildung wirtschaftlich selbständig zu machen. Der Blinde, der durch seiner Hände Arbeit sein Brot erwirbt, das ist das schöne Wunschbild jener warmherzigen Menschenfreunde, die sich zu Beginn des 19. Jahrhunderts an dem tröstlichen Gedanken begeisterten, daß die schlimmsten Wirkungen des Blindseins durch die Fortschritte des Menschengeistes und die Verfeinerung des Mitgefühls beseitigt seien. Die wirtschaftliche Entwicklung des 19. Jahrhunderts zum Hochkapitalismus machte aber die Verwirklichung dieser Bestrebungen immer unmöglicher.

Das von den Blinden betriebene Handwerk wurde in zunehmendem Maße von der Maschine und vom Großbetrieb erdrückt. Die ständig wachsende Bevölkerung bewirkte ein immer größeres Ueberangebot von gesunden Arbeitskräften auf dem Arbeitsmarkt. Insbesondere führte aber die Technisierung und Rationalisierung der Gütererzeugung in der Nachkriegszeit für fast alle Volksgenossen zu einem verschärften Wirtschaftskampf, zu einer unerbittlichen Auslese der Tüchtigsten und Tauglichsten, kurzum zu einer Wirtschaftsnot für die durch Gebrechlichkeit Behinderten, wie sie früher kaum je zu überwinden war. Diesen Tatsachen konnten sich schließlich auch die Führer der Blindenbewegung, die bisher immer noch an dem Ertüchtigungsziel durch Erwerbsbefähigung festgehalten hatten, nicht mehr verschließen. So faßte denn der Stuttgarter Blindenwohlfahrtskongreß 1924 einen Beschluß auf Einsetzung eines Rentenausschusses zur Bearbeitung und Klärung dieser Angelegenheit; denn man sah ein, daß durch Arbeitsfürsorge allein das oberste Ziel der Blindenfürsorge, die wirtschaftliche Daseinssicherung, nicht zu erreichen sei, daß vielmehr nur durch das Eingreifen der öffentlichen Hilfe im Sinne einer unmittelbaren geldlichen Unterstützung die Not und die Abhängigkeit vom Almosen von der großen Masse der Blinden ferngehalten werden können. Der bezeichnete Ausschuß ist zu dem Ergebnis gekommen, daß sich die Blindenfrage nur durch Einführung einer öffentlich-rechtlichen Blindenrente befriedigend lösen läßt. Nach der Erblindungsstatistik haben 45 Proz. aller Blinden das Sehvermögen erst nach dem 50. Lebensjahr verloren. Für die Umschulung zu einem anderen Beruf und für die fernere Ausübung irgendwelcher Erwerbstätigkeit kommen diese Altersblinden natürlich regelmäßig nicht in Betracht. Auch von den im Erwerbsleben stehenden Blinden bringen es nur ganz wenige zu einer vollen, dem Durchschnitt ihrer sehenden Berufsgenossen entsprechenden Arbeitsleistung. Bei blinden Korbmachern rechnet man mit einer Leistung von ⅔ des bei sehenden Handwerkern üblichen Arbeitserfolges.

Angesichts dieser Tatsache schlägt der Rentenausschuß die Einführung einer Rente vor, die den bedürftigen Blinden aus öffentlichen Mitteln zu zahlen wäre zum Ausgleich für die Minderung der Erwerbsfähigkeit, die Vermehrung der Bedürfnisse und die Einengung der Erlebnismöglichkeiten, die das Blindsein mit sich bringt. Die Blindenrente soll den Berechtigten die Beschaffung eines angemessenen Lebensbedarfes gewährleisten und ist demgemäß abgestuft nach Maßgabe des Einkommens, der örtlichen Teuerungsverhältnisse und der dem Empfänger obliegenden Unterhaltsverpflichtungen. Der Ausschuß hat einen nach den vorstehenden Grundsätzen ausgearbeiteten Gesetzentwurf angenommen, der im Rahmen einer umfangreichen Denkschrift allen Blindenvereinen und maßgeblichen Persönlichkeiten vorgelegt wird und dem diesjährigen Blindenwohlfahrtskongreß in Königsberg zur Weiterleitung an die gesetzgebenden Körperschaften empfohlen werden soll. Der Gesetzentwurf des Rentenausschusses steht auf dem Standpunkt der Arbeitspflicht, die das notwendige Gegenstück zu dem Rentenrecht darstellt. Die Gewährung der Rente wird daher davon abhängig gemacht, daß der Empfänger jede ihm angebotene Erwerbsgelegenheit, die seinen Anlagen und Fähigkeiten entspricht, nach besten Kräften ausnutzt. Das durch eigene Arbeit erzielte Einkommen wird nur zu einem gestaffelten Hundertsatz auf die Rentenberechtigung angerechnet, so daß der Anreiz zum Verdienen in jedem Falle bestehen bleibt.

Nachdem der Rentenausschuß mit der Veröffentlichung seiner Verhandlungsergebnisse zu dem vorläufigen Abschluß seiner Arbeit gekommen ist, muß an die Oeffentlichkeit die Bitte gerichtet werden, die Bestrebungen der Blinden zu unterstützen, damit die düstersten Schatten der Blindheit durch die mächtige Hilfe des Staates gebannt und verscheucht werden.

## Feuer im Freibad Wannsee.

**Ein Monteur schwer verletzt.**

Im Freibad Wannsee, das morgen eröffnet wird, brach heute vormittag gegen ½12 Uhr in der großen Empfangshalle Feuer aus, das an dem leichten Fachbau reiche Nahrung fand und schnell um sich griff. Von mehreren Seiten wurde die Feuerwehr zu gleicher Zeit gerufen, die auf den Alarm „Großfeuer" mit sechs Löschzügen anrückte. Trotz des überaus herrschenden starken Windes gelang es den vereinten Anstrengungen der Wehren, die anschließenden Baulichkeiten, die aufs äußerste bedroht waren, vor der Vernichtung zu schützen. Es wurde längere Zeit aus mehreren Schlauchleitungen Wasser gegeben. Nach einstündiger Tätigkeit war die Hauptgefahr beseitigt, eine starke Brandwache verblieb im Freibad.

Leider ist ein Arbeiter, der in der Halle mit Montagearbeiten beschäftigt war, schwer verunglückt. Er wurde durch die Feuerwehr in das Sanatorium Waldfrieden in Zehlendorf gebracht.

## Ein ungetreuer Wohlfahrtsvorsteher.

**Unterschlagungen im Bezirksamt Mitte.**

Durch die ständig stattfindenden Revisionen ist man im Bereich des Bezirkamts Mitte einer neuen Unterschlagung auf die Spur gekommen, die ein Mitglied der Wohlfahrts- und Armenkommission an den ihm anvertrauten, zur Zahlung an die Unterstützungsempfänger bestimmten Geldern verübt hat. Es handelt sich um einen Wohlfahrtsvorsteher, den Kaufmann Wiegang, der, wie die Ermittlungen des Bezirksamtes ergaben, rund 1100 M. Wohlfahrtsgelder für eigene Zwecke verbraucht hat, so daß dieser Betrag bei der Nachprüfung in der Kasse fehlte.

Da sich in letzter Zeit derartige Fälle bedauerlicherweise wiederholt ereignet haben, plant man im Bezirksamt Mitte, wie wir hören, eine Reform des Auszahlungswesens der Wohlfahrtsgelder, um zu erreichen, daß die für die Bedürftigen bestimmten Gelder besser vor den Zugriffen ungetreuer Armenvorsteher geschützt sind. Bisher war das Verfahren so, daß die Unterstützungsgelder, nach Prüfung durch die zuständigen Instanzen, durch die ehrenamtlich tätigen Armenvorsteher zur Auszahlung gebracht wurden. Die neue Regelung dürfte etwa in der Weise erfolgen, daß die Auszahlungen der Unterstützungsgelder in Zukunft durch eine mit Beamten besetzte Dienststelle des Bezirksamts erfolgt. Das Bezirksamt wird eine Vorlage in einiger Zeit der Bezirksversammlung vorlegen.

## Rettet Sacco und Vanzetti!

Im „freiesten Lande der Welt", in U.S.A., schmachten seit Jahren zwei Sozialrevolutionäre, Sacco und Vanzetti, aktive Propagandisten einer anarchistischen Vereinigung, im Zuchthaus unter der Anklage, einen Raubmord begangen zu haben. Obwohl die Unschuld der beiden Revolutionäre und die rein politischen Motive dieses Justizmordes in aller Welt bekannt sind und aufs leidenschaftlichste diskutiert werden, soll anfangs Juli die Hinrichtung der anarchistischen Italiener durch den elektrischen Stuhl erfolgen. Ein Proteststurm der freiheitlichen Elemente hat in der ganzen Welt eingesetzt, um dieses Urteil nicht Wirklichkeit werden zu lassen. Die Liga für Menschenrechte hatte für gestern Abend unter dem Thema: „Rettet Sacco und Vanzetti!" eine stark besuchte Versammlung in das ehemalige Herrenhaus einberufen. Ein berühmter Gast war die Hauptrednerin, die Dänin Karin Michaelis, die edle Vorkämpferin der Humanität im „zivilisierten" Europa. Karin Michaelis gab eine detaillierte Darstellung des Falles Sacco und Vanzetti; beleuchtete in eindringlichen Worten die Ungeheuerlichkeit der Anklagekonstruktion, sowie die fragwürdigen Methoden des Gerichts, das Belastungszeugen von allerärgster Fragwürdigkeit jedem Entlastungszeugen parteiisch vorzog. Obwohl sich der wahre Schuldige an den Sacco und Vanzetti zur Last gelegten Verbrechen, ein vorbestrafter Mörder, freiwillig gemeldet hat, will man den Mord an zwei Unschuldigen vollziehen. Karin Michaelis erwähnte noch die barbarischen Untersuchungsmethoden und schloß unter stärkstem Beifall: Ich stehe nicht rechts, ich stehe nicht links, ich stehe jedoch allerzeit für Menschlichkeit und Gerechtigkeit. Nachdem noch Dr. Klauber gewisse mittelalterliche Foltermethoden der nordamerikanischen Untersuchungs-Gerichtsbarkeit gegeißelt hatte, schloß Dr. Kuczynski die Versammlung. Ein Protesttelegramm nach Amerika wurde einstimmig angenommen.

## 30 Jahre Wissenschaftlich-Humanitäres Komitee.

Das Wissenschaftlich-Humanitäre Komitee feiert am 15. Mai sein dreißigjähriges Bestehen. Der Vorstand ladet zu Ehren des Tages für den Sonntag um 11 Uhr in der Stadthalle, Klosterstraße 65, zu einem Meeting ein. Pfarrer Bleier, Dr. Magnus Hirschfeld, Dr. Alfred Kerr, Dr. Helene Stöcker u. a. m. werden über die „Homosexuelle Frage" sprechen. Die Tätigkeit des Wissenschaftlich-Humanitären Komitees ist weit über dessen ursprüngliche Aufgabe, der Bekämpfung des § 175, hinausgegangen; es hat der sexuellen Aufklärung im allgemeinen gedient. Gegründet am 15. Mai 1897 unter Führung des San.-R. Dr. M. Hirschfeld, der bis heute als Vorsitzender fungiert, hat das Wissenschaftlich-Humanitäre Komitee neben seiner propagandistischen Tätigkeit auch eine große wissenschaftliche Arbeit geleistet. In seiner Zeitschrift „Jahrbücher für sexuelle Zwischenstufen" hat eine Reihe namhafter Gelehrter Aufsätze zur sexuellen Frage und insbesondere zum Problem der Homosexuellität veröffentlicht. Im Kampfe gegen das Erpressertum bot das Komitee den Opfern juristische und moralische Hilfe. Eine Petition, die von zehntausend Gelehrten, Aerzten, Rechtsanwälten, Schriftstellern usw. unterzeichnet war, sollte Bundesregierungen und Reichstag zur Beseitigung des § 175 bestimmen. Am bedeutendsten war jedoch die propagandistische Tätigkeit des Komitees. Sie hat zweifelsohne mit dazu beigetragen, daß die Anschauungen weiter Kreise der Bevölkerung und der Behörden sich in bezug auf die Homosexuellität geändert haben und daß die Praxis der Polizei und der Gerichte heute Verständnis dieser Gattung Mensch entgegenbringen.

## Eröffnungsfeier im Großkraftwerk.

Am heutigen Sonnabend vormittag um 11 Uhr fand die feierliche Eröffnung des in Rummelsburg gelegenen neuesten und modernsten Riesenkraftwerkes Klingenberg, das seinen Namen von seinem Schöpfer, dem Geheimrat Klingenberg, erhalten hat, durch die Spitzen der städtischen Körperschaften Berlins statt.

Im Festsaal des Verwaltungsgebäudes, der eine schlichte Dekoration in den Farben der Stadt erhalten hatte und in dem das verhüllte Denkmal Klingenbergs stand, versammelten sich zahlreiche prominente Gäste der Stadt. Man sah unter den Anwesenden die Witwe des Erbauers, den Reichsarbeitsminister Brauns, den Reichsinnenminister, den Reichsverkehrsminister, den preußischen Ministerpräsidenten Genossen Braun, den preußischen Innenminister Genossen Grzesinski, den Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg Dr. Meyer, Polizeipräsident Zörgiebel u. a. m. Der Magistrat der Stadt Berlin sowie die Führer der Fraktionen und Direktoren der anderen städtischen Werke waren vollzählig zur Stelle. Zunächst ergriff der Direktor der Berliner Städtischen Elektrizitätswerke, Dipl.-Ing. Rehmer, das Wort, der die zahlreichen Vertreter der Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden, der Industrie und Wirtschaft und der wissenschaftlichen Institute willkommen hieß. Er betonte, daß das Großkraftwerk schon während seiner Bauzeit große Beachtung gefunden habe, und gab einen Ueberblick über die Entstehungsgeschichte des Bauwerks. Als sich nach der Stabilisierung eine geradezu beispiellose Steigerung des Stromverbrauchs bemerkbar machte, habe sich die Bewag in verzweifelter Lage befunden, und die Stromversorgung der Reichshauptstadt drohte gänzlich zu erliegen, so daß man die Einführung einer Verbrauchssperre bereits befürchtete. Aus dieser Verantwortung heraus seien die Pläne zur Errichtung des Großkraftwerks entstanden, die den ersten Abschluß der 1924 eingeleiteten Neuordnung der reichshauptstädtischen Elektrizitätsversorgung bildet. In ihrem Rahmen sei dem neuen Werk die Stellung als Hauptstromquelle Berlins zugeordnet.

Oberbürgermeister Böß wies zu Beginn seiner Ansprache auf die wirtschaftliche, technische und kommunalpolitische Bedeutung des Tages hin, an dem es gelungen sei, trotz schwerer Wirtschaftsnöte ein Werk der Oeffentlichkeit zu übergeben, dessen Bedeutung weit über Deutschland hinausgehe.

Hierauf fiel die Hülle von dem Denkmal Geheimrat Klingenbergs. Es ist ein schlichtes Monument, das den Kopf des großen Schöpfers zeigt. Professor Petersen von der AEG. gedachte ebenfalls in warmherziger und ehrender Weise Klingenbergs, der durch die Benennung des Kraftwerkes mit seinem Namen das schönste Denkmal erhalten habe, das ein Ingenieur sich wünschen könne.

## Die Obdachlosen am Mississippi.

**Die Folgen der neuen Deichbrüche.**

Batonrouge, 14. Mai. (WTB.) Nach Mitteilung des Gouverneurs von Louisiana sind infolge des neuen Deichbruchs am Banou des Glaises 25 000 Personen obdachlos geworden. Man befürchtet, daß auch die Deiche des Atchafalaya-Flusses brechen werden, wodurch 150 000 Heimstätten bedroht sind. Auch bei Bordleonville ist ein Deich gebrochen. Der bis jetzt angerichtete Schaden wird für das Gebiet des Staates Louisiana mit 10 Millionen Dollar beziffert.

## Eine Prämie für die Auffindung der Ozeanflieger.

Paris, 14. Mai. (TU.) Wie aus New York gemeldet wird, hat der Stifter des 25 000-Dollar-Preises für den ersten Flieger, der glücklich den Flug Paris—New York ohne Zwischenladung vollführt, eine Prämie von 5000 Dollar für denjenigen Flieger ausgesetzt, der Nungesser und Coli wiederfindet oder die Spuren des „Weißen Vogels" entdeckt.

## „Sehr bezeichnend" . . .

### Für die kommunistische Jugenderziehung.

Dem Verbandstag des ZdA. in Köln widmet die „Rote Fahne" einen Begrüßungsartikel auf ihre Art. Es erübrigt sich hier darauf einzugehen, doch dürfen wir die folgenden Sätze unseren Lesern nicht „unterschlagen":

„Sehr bezeichnend ist auch **das Verhältnis zwischen der Verbandsbureaukratie und der Jugend.** Anstatt die jugendlichen Angestellten für den Klassenkampf zu schulen, bemüht man sich, nach dem Muster der bürgerlichen Verbände, sie mit „Fachkenntnissen" vollzustopfen, damit die Unternehmer ein recht brauchbares Ausbeutungsobjekt haben; kein Wunder, daß die meisten Jugendgruppen in ständiger Fehde mit den Instanzen leben."

Nachdem an anderer Stelle gesagt ist, daß die Angestellten im Durchschnitt weniger Klassenbewußtsein besitzen als die Arbeiter, wird also hier dem Zentralverband der Angestellten zum Vorwurf gemacht, daß er seine jugendlichen Mitglieder mit Fachkenntnissen vollstopfe.

In Wirklichkeit steht es so, daß der ZdA. zu seinem lebhaften Bedauern in den mit jugendlichen Mitgliedern schwach besetzten Fachgruppen nicht die notwendige Gelegenheit zur fachlichen Ausbildung bieten kann. Das ist ihm nur in den stark vertretenen Gruppen möglich. Je mehr die jugendlichen Angestellten sich dem ZdA. anschließen, um so besser kann er sich auch ihrer fachlichen Schulung annehmen.

Die fachliche Fähigkeit ist für jeden jugendlichen Angestellten die Voraussetzung für seine Beschäftigung. Zumal bei dem herrschenden Ueberangebot an Arbeitskräften haben diejenigen jugendlichen kaufmännischen und Bureauangestellten, die in ihrem Fach am besten bewandert sind, über die besten Kenntnisse verfügen, die größte Aussicht, in Stellung zu kommen und sich ihre Stellung zu erhalten. Es ist kein Geheimnis, daß viele Jugendliche während ihrer Lehrzeit mehr ausgebeutet als ausgebildet werden. Wird diesen „Ausgelernten" keine Möglichkeit geboten, die Kenntnisse nachzuholen, die ihnen vorenthalten wurden, dann ist es um ihre ganze künftige Existenz sehr schlecht bestellt. Es ist ein Verdienst der Organisation, aber auch eine Notwendigkeit für sie, ihren jugendlichen Mitgliedern diese Möglichkeit zu verschaffen.

Wer den Klassenkampf als Straßengeschrei und Rauferei auffaßt wie die KPD., der wird das „Vollstopfen" mit Fachkenntnissen als ein Bestreben auffassen, das eben dieser Art „Klassenkampf" nach Moskauer Methode abträglich ist.

Wer aber eine vernünftige Auffassung vom Klassenkampf hat, wird insbesondere von der Jugend fordern müssen, daß sie sich geistig wie körperlich dazu stark macht, wozu vor allem gehört, daß sie auch fachlich auf der Höhe ist. Die tüchtigsten und besten Kräfte muß die sozialistische Bewegung heranbilden, wenn sie sich nicht selber zur Ohnmacht verdammen will.

Wenn der ZdA. die Jugendlichen ausschließlich in fachlicher Beziehung fördern würde, dann hätte der ihm von kommunistischer Seite gemachte Vorwurf eine gewisse Berechtigung. Es kann jedoch die Rede nicht davon sein, daß der ZdA. mit seinen jugendlichen Mitgliedern nur Fachsimpelei betreibt. Die Jugendlichen, die seine Veranstaltungen besuchen, die ihnen gebotenen Vorträge hören, das Verbandsorgan und die Jugendblätter lesen, wissen am besten, daß dies nicht der Fall ist.

Die KPD., die die Jugend mit kommunistischen Phrasen abspeist, schädigt die Jugend bewußt, weil sie ihren Parteizwecken damit zu dienen glaubt. Ihre rückständige bahnbüchene Art des Klassenkampfes ist verwerflich.

Das Elend und die Verwahrlosung der Jugend in Rußland kann doch nicht etwa als Musterbeispiel dienen für die Erziehung der deutschen Gewerkschaftsjugend.

## Die Beamten fordern Besoldungserhöhung.

Die soziale Arbeitsgemeinschaft Deutscher Beamtenverbände hatte zu Freitag abend drei öffentliche Beamtenversammlungen einberufen, um gegen die Verschleppung der Besoldungserhöhung zu protestieren. Alle Versammlungen waren stark besucht. Eine Parallelversammlung zur Versammlung im Lehrervereinshaus wurde in den Musikersälen abgehalten. In den Germaniasälen referierte der Vorsitzende der Postbeamten Kugler, der in längeren Ausführungen die große Notlage der unteren und mittleren Beamten schilderte und an einigen Beispielen nachwies, wie groß die Verschuldung besonders der unteren Beamten ist. Seine Ausführungen klangen aus in einer Warnung an Regierungen und Parlamente, die Beamten nicht zur Verzweiflung zu treiben und ihnen umgehend eine Aufbesserung ihrer niedrigen Gehälter zu gewähren und sie nicht länger mit schönen Worten zu vertrösten. Er kündigte an, daß die Beamten wieder einmal auf die Straße gehen werden, wenn sich die Regierungen und Parlamente nicht endlich zum Entgegenkommen bereit zeigen werden.

In der Diskussion wurden von allen Rednern energische Maßnahmen gegen die Verschleppungspolitik der Regierung gefordert. Nach dem kommunistischen Landtagsabgeordneten Caspar, der es an den üblichen Seitenhieben auf unsere Genossen in der preußischen Regierung wie im allgemeinen auf die Sozialdemokratie nicht fehlen ließ, sprach der Reichstagsabgeordnete Genosse Timpel. Er sagte den Beamten in ihrem berechtigten Existenzkampfe die vollste Unterstützung der sozialdemokratischen Abgeordneten zu, forderte sie auf, sich mehr um die politischen Vorgänge zu kümmern und sich bei den nächsten Wahlen der Parteien zu erinnern, die sich stets für ihre Forderungen eingesetzt haben. Zum Schluß fand, wie in den übrigen Versammlungen, folgende Entschließung einstimmige Annahme:

Die in der Sozialen Arbeitsgemeinschaft Deutscher Beamtenverbände vereinten, am 13. Mai in Berlin versammelten Beamten der Besoldungsgruppen I bis VII erklären, daß sie unmittelbar vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch stehen. Sie können die auf ihnen ruhenden Schuldenlasten nicht mehr länger tragen. Not und Elend in ihren Familien sind ungeheuer groß. Schnellste Hilfe muß deshalb unbedingt erfolgen.

Regierung und Reichstag werden daher dringend aufgefordert, unverzüglich eine fühlbare Besoldungserhöhung zu beschließen, damit entsetzliche Katastrophen vermieden werden. Ein längeres Hinausschieben ist nicht mehr zu ertragen. Gegen die Absicht, die Besoldungserhöhung bis zur grundsätzlichen Neuregelung der Besoldungsordnung zurückzustellen und dabei wieder das Besoldungsklassensystem einzuführen, wird flammender Protest erhoben.

Nur schnellste und durchgreifende Erhöhung der Bezüge im Rahmen des jetzigen Besoldungsgruppensystems kann noch Rettung bringen."

## Was an Unorganisierten „verdient" wird.

### Weil sie Beiträge „sparen".

Trotz der tariflichen Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen im Berliner Bäckergewerbe finden sich immer wieder Gesellen, die stets in der Furcht vor Entlassung leben und sich alles bieten lassen. Sie kümmern sich nicht um ihre Organisation, nicht um tarifvertragliche Bedingungen, sondern sind bestrebt, sich in der Gunst ihres Meisters zu sonnen und überlassen alles andere seinem Gutdünken. Wie teuer sie dieses zweifelhafte Vergnügen bezahlen müssen, soll an einem Schulbeispiel gezeigt werden.

Bei einer Revision der Bäckerei von Beit in Tegel, Berliner Straße 84, im Oktober vorigen Jahres ergab sich, daß die dort beschäftigten Gesellen dauernd Ueberstunden leisten mußten ohne Bezahlung und nicht einmal die tariflichen Löhne bekamen. Belehrt über die Ansprüche an Beit, stellten die Gesellen Klageansprüche bei dem Tarifamt, da nach den tariflichen Bestimmungen der Anspruch noch rechtsgültig war. Hatte doch Beit im Gegensatz zu der tariflichen Vorschrift, daß der Tarif im Betrieb aushängen muß, dieses unterlassen, um seine jungen Gesellen, welche bei ihm gelernt bzw. ihre erste Arbeitsstelle als Geselle hatten, nicht zu klug zu machen. 925 M., 803 M. und 639 M. waren die Summen, die sich die drei Gesellen bei Beit „erspart" hatten, vielmehr die Summen, um die sie bei Beit benachteiligt waren. Durch Versprechungen und Drohungen erzielte Beit die Zurücknahme von zwei Klagen, während er in dem dritten Falle verurteilt wurde.

Heute muß nun der eine der beiden Gesellen, die sich mit Versprechungen abfinden ließen und ihre Klage zurückzogen in der Hoffnung auf lange Beschäftigung, feststellen, daß er der Geprellte ist und es eine große Dummheit von ihm war, auf das Versprechen von Beit zu bauen. Sein Meister Beit hat ihn auf die Straße gesetzt und er hat nun den „Trost", zur Bereicherung seines Arbeitgebers wesentlich beigetragen zu haben, zumal Herr Beit durch Einstellung eines Lehrlings eine noch billigere Arbeitskraft gefunden hat an seiner Stelle.

Die Vorliebe vieler Unternehmer für junge und vor allem unorganisierte Gesellen wird aus solchen Fällen leicht erklärlich. Auch der jüngste Arbeiter und Geselle kann es sich heute nicht mehr leisten, den Beitrag für seinen Verband zu „sparen"; er muß diese törichte Liebhaberei gar zu teuer bezahlen.

Da die Moral beim Unternehmer aufhört, wo der Profit anfängt, ist über das Verhalten des Bäckermeisters kein Wort zu verlieren. Für die Zukunft aber wird sich auch Herr Beit in Tegel daran gewöhnen müssen, die tariflichen Lohn- und Arbeitsbedingungen innezuhalten. Sonst könnte es ihm leicht passieren, daß ihm die Kunden, die in diesen Dingen anders denken, davonlaufen.

## Die Gewerkschaften im Memelgebiet.

Zu all den Schwierigkeiten wirtschaftlicher Art, mit denen die Gewerkschaften in Zeiten großer Arbeitslosigkeit zu rechnen haben, gesellen sich im Memelgebiet noch solche politischer Natur. Aus politischen Hintergründen wird die jetzt naturgemäß weniger aktive Gewerkschaftsarbeit samt der Tätigkeit der einzelnen Gewerkschaftsführer herunterzureißen versucht, um entweder einen Teil der Arbeiter von ihren Gewerkschaften zu trennen und ihn für die Pläne politischer Drahtzieher zu gewinnen oder aber, um die organisierte Arbeiter bewußt zu trennen, um sie ohnmächtig zu machen.

Wie leicht die Arbeiter selber ihren „Freunden" das Spiel machen, geht z. B. daraus hervor, daß zu der Kommunalwahl am 28. April eine besondere Liste gegen die Sozialdemokratische Partei aufgestellt wurde, weil diese mit Rücksicht auf die Arbeitslosen und die Ortsarmen sich nicht dazu entschließen konnte, eine von den Gemeindearbeitern beantragte Weihnachtsgratifikation zu bewilligen, die auch die Beamten forderten. Die Beamten haben den Magistrat verklagt. Er hatte ihre Forderung abgelehnt, weil die geringen Mittel zur Unterstützung der Schlechtgestellten, der Arbeitslosen und der Ortsarmen notwendiger gebraucht wurden.

Eine Patentlösung hat das Landesdirektorium gefunden, um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Zunächst wird die Unterstützung der Arbeitslosen auf dem Lande vollständig abgebaut und dann soll sie auch in der Stadt Memel abgebaut werden. Der Landrat im Kreise Heydekrug hat einem Teil der Arbeitslosen, denen die Unterstützung entzogen wurde, Akkordarbeit nachgewiesen. Bei der Festsetzung des Tagelohnes und des entsprechenden Akkordsatzes hat er die Arbeitgeber befragt. Man kann sich denken, was für die Arbeiterschaft dabei herauskommt.

„Wie weit die Unterstützungen in der Stadt noch weiter gezahlt werden, läßt sich zurzeit kaum übersehen, da man bei dem jetzigen Direktorium vor Ueberraschungen kaum geschützt ist." Dieser Satz, den wir dem Bericht der „Memelländischen Volkszeitung" entnehmen, läßt — um mit Sabor zu reden — tief blicken.

Unter diesen Umständen muß es als ein Erfolg der einzelnen Gewerkschaften gelten, wenn es ihnen gelingt, den Lohnabbau und sonstige Schlechterstellungen von ihren Mitgliedern fernzuhalten.

**Die Sparkasse der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A.-G., Berlin, Wallstr. 65,** ist täglich mit Ausnahme von Sonnabend von 9—3 Uhr und 4—6 Uhr, Sonnabends von 9—1 Uhr geöffnet.

# Aus der Partei.

## Sozialdemokratie und weltliche Schule.

### Eine Vorlage an den Parteitag.

Auf Veranlassung des Parteivorstandes fand kürzlich eine Beratung von Sachverständigen über die Frage der weltlichen Schule statt. An der Besprechung nahmen vom Parteivorstand die Genossen Hermann Müller, Crispien, Dr. Adolf Braun, Dr. Hilferding und Heinrich Schulz teil, ferner die Genossin Schulrat Dr. Wegscheider-Ziegler (Preußischer Landtag) und die Genossen Lehrer Haebler (Karlsruhe), Landtagsabgeordneter und Schulrat König (Swinemünde), Reichstagsabgeordneter Dr. Löwenstein (Neukölln), Dr. Mennicke (Berlin), Lehrer Schröder (Berlin), Dr. Siemsen (Jena) und die Rektoren von weltlichen Schulen Hohmann (Duisburg), Kreutziger (Berlin), Linke (Magdeburg), Michel (Herne).

Nach einem Referat von Heinrich Schulz, an das sich eine eingehende, in allen wesentlichen Punkten zustimmende Aussprache schloß, kam die Konferenz einmütig zu dem Ergebnis, dem bevorstehenden Kieler Parteitag folgende Entschließung zur Annahme zu empfehlen:

1. Die Sozialdemokratie erstrebt die Weltlichkeit des gesamten öffentlichen Schul-, Erziehungs- und Forschungswesens unter unbedingter Aufrechterhaltung der staatlichen Schulhoheit. Die Ausschaltung der trennenden religiös-weltanschaulichen Gegensätze ist eine wesentliche Voraussetzung für die Schaffung leistungsfähiger Schulkörper und für die Erzielung pädagogischer Höchstleistungen. Die Erteilung des Religionsunterrichts und die ihm gleichzusetzende Unterweisung weltanschaulicher Art ist für die Sozialdemokratie grundsätzlich keine öffentliche Angelegenheit. Sie überläßt dies unter Anerkennung des Elternrechts den Erziehungsberechtigten und den von diesen zu bestimmenden Religionsgesellschaften und Weltanschauungsgemeinschaften.

2. Solange die allgemeine Weltlichkeit nicht erreicht ist, sieht die Sozialdemokratie in der weltlichen (bekenntnisfreien) Schule der Reichsverfassung (Art. 146 Abs. 2 und Art. 149) ein wertvolles Teilziel. Wenn die weltliche Schule auch als besondere Schulart innerhalb des heutigen zersplitterten Schulwesens nicht als Erfüllung der sozialistischen Forderungen anzusehen ist und ihre Vorzüge wie bei der Weltlichkeit des gesamten Schulwesens nicht voll zu entwickeln vermag, so bedeutet sie doch vom Standpunkte der werdenden sozialistischen Gesellschaft aus gegenüber allen anderen Schularten einen großen Fortschritt. Sie ist daher von sozialistischen Erziehungsberechtigten durch freiwilligen Zusammenschluß und von den Parteimitgliedern allgemein durch Einwirkung auf behördliche Stellen mit allen Mitteln zu erstreben und zu fördern. Vom Reiche ist die von der Reichsverfassung zugesagte gesetzliche Grundlage für die weltliche Schule zu verlangen, und bis dahin Schutz und Förderung behelfsmäßiger Einrichtungen, von den Ländern die Schaffung der erforderlichen schulorganisatorischen und lehrplanmäßigen Einrichtungen sowie die Heranbildung genügender und geeigneter Lehrkräfte; von den Gemeinden bereitwillige materielle und moralische Hilfe bei der Neueinrichtung und Erhaltung weltlicher Schulen. Eine besondere Schulaufsicht für die weltliche Schule wie für die anderen Schularten lehnt sie indes ab bei gleichzeitiger Forderung einer einheitlichen hauptamtlichen Schulaufsicht durch den Staat.

3. Auf Parteimitglieder, die aus Gewissensgründen sich nicht entschließen können, ihre Kinder in die weltliche Schule zu schicken, darf ein Zwang nicht ausgeübt werden. Es muß aber angestrebt werden, die in solchem Verhalten zum Ausdruck kommenden überlieferten oder künstlich erzeugten Vorurteile gegen die weltliche Schule durch ständige Ausgestaltung und hervorragende Leistungen zu überwinden. Ueber Wesen und Geschichte der Religion in ihren verschiedenen Ausdrucksformen hat auch die weltliche Schule die Kinder zu unterweisen, wobei dem Wunsche der Reichsverfassung entsprechend Bedacht zu nehmen ist, daß die Empfindungen Andersdenkender nicht verletzt werden, denn die Sozialdemokratie sieht unbeschadet der geschichtlichen und gesellschaftlichen Bedingtheit der Religionen und ihrer Ausdrucksformen in der Stellung des einzelnen Menschen zur Religion nach wie vor eine innere Angelegenheit des einzelnen.

4. Die Sozialdemokratie erhebt ferner mit der größten Entschiedenheit die Forderung an Reich, Länder und Gemeinden, daß sowohl bei der gegenwärtigen Rechtslage als beim Zustandekommen einer gesetzlichen Neuregelung die anderen Schularten, die schon aus äußerem Zwang von zahlreichen Kindern dissidentischer und sozialistischer Eltern besucht werden müssen, gleichfalls zur gewissenhaften Wahrung der erwähnten verfassungsmäßigen Grundsätze angehalten werden und nicht zu Stätten konfessioneller Engherzigkeit und Unduldsamkeit herabsinken dürfen. Grundsätzlich ist auf möglichst weitgehende Einheitlichkeit des deutschen Schulwesens im Aufbau und im inneren Schulbetriebe Wert zu legen und das bedauerliche Auseinandergehen in religiös-weltanschaulicher Beziehung auf ein Mindestmaß zu beschränken.

5. Soweit weltliche Schulen noch nicht oder nicht zu erreichen sind sowie in Ländern und Gebieten, in denen die Simultanschule gesetzlich oder durch Ueberlieferung die herrschende Schulform ist, ist die Simultanschule im Sinne der Reichsverfassung zu unterstützen und vor der Konfessionalisierung zu schützen. Das kann auch dort geschehen, wo die Simultanschule bis auf weiteres die größere Aussicht hat, den leistungsfähigeren Schulkörper zu bilden.

## Theater der Woche.

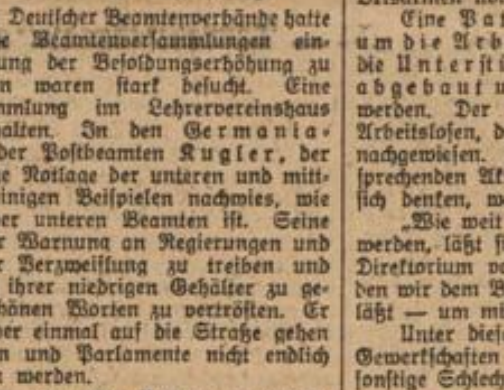
**Vom 15. Mai bis 23. Mai 1927.**

**Volksbühne:** Ein Sommernachtstraum. — **Oper am Platz der Republik:** 15. Meistersinger. 16. Freischütz. 17. Salome. 18. Zar und Zimmermann. 19. Macht des Schicksals. 20. Die verkaufte Braut. 21. Boris Godunow. 22. Tannhäuser. 23. Versiegelt. Der letzte Pierrot. Die Erlösten. — **Schauspielhaus:** 15., 18., 21. Florian Geyer. 16., 19. Prinz von Homburg. 17., 22., 23. Ein besserer Herr. 20. Wildschütz. — **Schiller-Theater:** 15., 16., 18., 20., 21. Musik. 17., 22. Peer Gynt. 19. Jugend. 23. Prinz von Homburg. — **Theater am Schiffbauerdamm:** Jan der Wunderbare. — **Thalia-Theater:** Wenn der junge Wein blüht. — **Deutsches Theater:** Der Arzt am Scheidweg. — **Kammerspiele:** Das Land der Treue. — **Die Komödie:** 15., 16. Lockvögel. Ab 17. Der Snob. Nachtvorstellung, 11 Uhr: Was Sie wollen. — **Theater am Nollendorfplatz:** Drei arme kleine Mädels. — **Theater in der Königgrätzer Straße:** Die Schule von Upsala. 15., 12-Uhr-Matinee: Tim O'Mara. — **Komödienhaus:** Theo macht alles. — **Großes Schauspielhaus:** Wie einst im Mai. — **Theater des Westens:** Bis 19. geschlossen. Ab 20. Heinrich Heines erste Liebe. — **Städt. Oper Charlottenburg:** 15. Der Troubadour. 16., 22. Der Jahrmarkt von Sorotschinzi. 17., 20. Der Prophet. 18. Tosca. 19., 23. Turandot. 21. Die Meistersinger von Nürnberg. — **Komische Oper:** Streng verboten!! — **Deutsches Künstler-Theater:** Adieu Mimi. — **Lustspielhaus:** Bobbys letzte Nacht. — **Lessing-Theater:** Der Patriot. — **Theater am Kurfürstendamm:** Die Kleine auf Besuch. — **Residenz-Theater:** Die schöne Melusine. — **Zentral-Theater:** Die Wette. — **Theater in der Kommandantenstraße:** 16., 17., 18. Die bedrohte Unschuld. 19. Die Perle von Savoyen (geschl. Vorst.). Ab 20. täglich Die Perle von Savoyen. — **Metropol-Theater:** Die Zirkusprinzessin. — **Berliner Theater:** Komödie um Mitternacht. — **Neues Theater am Zoo:** Bis 18. geschlossen. 19. bis 22. Das unsichtbare Mädchen. 23. Das gemütliche Heim. Mit dem Feuer spielen. — **Die Tribüne:** Spiel im Schloß. — **Ballner-Theater:** Auf der Sonnenseite. — **Renaissance-Theater:** Bis 17. Feiglinge. Ab 18. Das Mandat. — **Walhalla-Theater:** Die von der Liebe leben. — **Rose-Theater:** 15., 22. Nachbarkinder. 16. bis 21. Der Vetter aus Dingsda. — **Kasino-Theater:** Bis 17. Pimpelhuber, der Millionenerbe. Ab 18. Der Fehltritt einer Frau. — **Theater in der Klosterstraße:** 15., 19., 20., 21., 23. Alt-Berlin. (Am grünen Weg.) 16., 17., 18., 22. Liebe. 22., vorm. 11½ Uhr: Der Haager Friedenskongreß (Onkel Pickwick). — **Theater im Admiralspalast:** Vive la femme! — **Wintergarten:** Internationales Varieté. — **Scala:** Internationales Varieté. — **Reichshallen-Theater:** Stettiner Sänger. — **Theater am Kottbusser Tor:** Stettiner Sänger.

**Nachmittagsvorstellungen.** **Volksbühne:** 22. Traumspiel. — **Theater am Schiffbauerdamm:** 15., 22. Tragödie der Liebe. — **Thalia-Theater:** 15., 22. Der Biberpelz. — **Theater in der Kommandantenstraße:** 15., 22. Berlin, wie es weint und lacht. — **Neues Theater am Zoo:** 22., mittags 12 Uhr, Matinee: Das unsichtbare Mädchen. — **Rose-Theater:** 15., 22., nachm. 5½ Uhr: Gartenbühne. — **Theater in der Klosterstraße:** 15., Iphigenie. 22. Pension Schöller. — **Theater im Admiralspalast:** 15., 22. Vive la femme! — **Scala:** 15., 21., 22. Internationales Varieté. — **Reichshallen-Theater:** 15., 22. Stettiner Sänger. — **Theater am Kottbusser Tor:** 15., 22. Elite-Sänger.

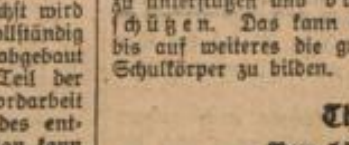
Verantwortlich für Politik: Victor Schiff; Wirtschaft: G. Klingelhöfer; Gewerkschaftsbewegung: Friedr. Ecksorm; Feuilleton: K. S. Pächer; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt; Anzeigen: Th. Glocke; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

**Berliner Elektriker Genossenschaft**
angeschl. dem Verb. soz. Baubetriebe
Berlin N. 24, Elsässer Str. 86-88
Fernsprecher: Norden 6525, 6526
Filiale Westen, Wilmersdorf
Landhausstr. 4. Tel.: Pfalzburg 9531
Ausstellungsräume und Lager: Alexanderstraße 39-40 (Alexander Passage), Telephon: Königstadt 540
Herstellung elektr. Licht-, Kraft- und Signalanlagen. Verkauf aller elektr. Bedarfsartikel
Ausführg. sämtl. Reparaturen
Preiswerte, gediegene Arbeit

Ohne Anzahlung für 12 Monatsraten

RADIO Anlagen
fachgemäße Fabrikate und Lautsprecher komplett montiert
VERLANGEN SIE UNVERBINDLICH VERTRETERBESUCH
RADIOG GMBH.
BERLIN W 50 KURFÜRSTENDAMM 19 BISMARCK 4273-93
VERKAUFS UND VORFÜHRUNGSSTELLEN:
ANDREASSTRASSE 16, BRUNNENSTRASSE 30
ELSASSER STRASSE 57, SENEFELDER STR. 30
WEDDINGSTRASSE 5, NEUKÖLLN: OKERSTRASSE 6, CHARLOTTENBURG: KANTSTR. 57
WEISSENSEE: BERLINER ALLEE 39

Dörffler
WÖRSTCHEN * BOCKWURST
Etwas ganz Besonderes!

Lesdau's Korbmöbel
Vollendete Formen
Aparte Muster
Mäßige Preise
Vorzüglich g. Verkauf:
Neukölln
Ausstellungsräume: 20 und Hermannstr. 10
(Tel. Neuk. 1759)


Armband- u. Taschenuhren
Mein Schlager
Damen-Armbanduhren 14 kar. Gold 26 M.
Silberne Herren-Armbanduhren 13 M.
Große Auswahl in jeder Preislage.
Herm. Wiese, Berlin S., Artilleriestr. 30 Nähe Oranienburger Tor
Garantie für jede bei mir gekaufte Uhr

Auf Teilzahlung
Herren-, Damen-Garderobe
Anzüge, Gummi-Mäntel, Kleider
MÖBEL
bis 18 Monatsraten
Schlaf-, Speise-, Herrenzimmer
Küchen, Einzelmöbel, Federbetten
Ansel Gr. Frankfurter Str. 34 (Strausberger Platz).

Metallbetten
Stahlmat. Kat. 650/ M. 1, Kinderbetten einzig in Preis
Möbelfabrik Suhl, Thür.